



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vom
29.01.2019

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Susanne Havermeier

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Budgetbuch Fachbereich 4 2019, Investitionsplan 2020 - 2022
Vorlage: FB 4/694/2019
2. Berichte
3. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

4. Berichte
5. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Budgetbuch Fachbereich 4 2019, Investitionsplan 2020 - 2022

Vorlage: FB 4/694/2019

Ausschussvorsitzende Havermeier schlägt vor, die Seiten des Budgetbuchentwurfes durchzugehen. Stv. Gernitz bittet darum, zunächst über die von der Verwaltung in der Sitzungsvorlage dargestellte Situation der Schulsozialarbeit an den Grundschulen zu beraten. Der Vorschlag findet einheitlich Zustimmung, so dass die Ausschussvorsitzende Herrn Kortendieck um nähere Ausführung bittet. Herr Kortendieck erklärt, dass der Ausschuss mit Beschluss vom 20.11.18 die Verwaltung beauftragt habe, die Erweiterung des Umfangs von Schulsozialarbeit an den Grundschulen um eine 0,5 Stelle zu eruieren und verweist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Er ergänzt, dass die in der Sitzungsvorlage dargestellte Stundenverteilung auf die drei Grundschulen sich an der Schülerzahl orientiere und dass im Falle einer Aufstockung um eine 0,5 Stelle dies mit den beiden bereits eingesetzten Schulsozialarbeitern umzusetzen sei.

Nachträglich zu Protokoll:

Die Evangelische Jugendhilfe als Träger der Schulsozialarbeit an den Grundschulen teilte am 31.01.2019 mit, dass bei einer Aufstockung der Schulsozialarbeit entgegen erster Annahmen dies nicht mit dem vorhandenen Personal umzusetzen sei, sondern eine zusätzliche Kraft benötigt würde. Die Aufteilung würde einvernehmlich mit den Schulen abgestimmt.

Fraktionsübergreifend wird auf die Bedeutung und die Wichtigkeit von Schulsozialarbeit hingewiesen. Gleichzeitig wird angemahnt, dass sich Bund und Land aus der Finanzierung herausnehmen und letztendlich die Kommune die Kosten tragen müsse. Auch der Kreis Coesfeld als Träger der Jugendhilfe sei in der Verantwortung, da Schulsozialarbeit Probleme abfange, die ansonsten an das Kreisjugendamt herangetragen würden. Einheitlich sprechen sich die Ausschussmitglieder zunächst für eine befristete Aufstockung für ein Jahr aus. Nach einem Jahr sei dem Ausschuss dann über die Umsetzung zu berichten. Zudem solle die Verwaltung in der Zwischenzeit mit dem Kreis über eine Finanzierungsbeteiligung sprechen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, zunächst befristet für ein Jahr, finanzielle Mittel in Höhe von 40.000 € für eine zusätzlich 0,5 Stelle Schulsozialarbeit an den drei städtischen Grundschulen in den Etat einzustellen und beauftragt die Verwaltung, mit dem Kreis Coesfeld und den Schulen den Bedarf sowie Finanzierungsmöglichkeiten zu evaluieren.

- einstimmig -

Anschließend werden von der Ausschussvorsitzenden die Seiten des Budgetbuchentwurfes einzeln aufgerufen und die Fragen der Ausschussmitglieder von der Verwaltung beantwortet.

Herr Hülshager teilt mit, dass auf Seite 232 im Produkt Schulträgeraufgaben Grundschulen bei der Kennzahl „Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl“ die Schüler der Jahrgänge 1 und 2 mit präventiver sonderpädagogischer Förderung fehlen und die korrigierten Daten der Niederschrift beigelegt werden.

Nachträglich zu Protokoll:

Kennzahlen	Ist 2017	Ist 2018	Plan 2019	Plan 2020
Schüler mit sonderpädagog. Förderbedarf sowie Kinder in den Jahrgängen 1 + 2 mit präventiver sonderpädagog. Förderung im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl		6,1 % 57 Schüler	6,4 % 62 Schüler	6,7 % 67 Schüler

Herr Kortendieck ergänzt, dass im selben Produkt auf Seite 233 unter Sachkonto 414134 „Landeszuschuss jedem Kind ein Instrument“ der Ansatz aus 2018 in Höhe von 18.000 € auch in den Folgejahren fortzuschreiben sei.

Exemplarisch beim Produkt Schulträgeraufgaben Hauptschulen erkundigt sich Stv. Möllmann nach der Umsetzung des Schülerhaushalts. Herr Kortendieck erklärt, dass Haupt- und Realschule sich in diesem Jahr nicht am Schülerhaushalt beteiligt haben, am St. Antonius-Gymnasium der Schülerhaushalt dagegen mit Anschaffungen für die Oberstufe sowie für den neuen Schulhof stattgefunden habe. Zudem führe die Sekundarschule im Rahmen des Schülerhaushalts ein schuljahrübergreifendes Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit einer Projektwoche im 2. Schulhalbjahr 2018/2019 durch.

SkB. Schäfer beantragt, dass die Schulen im jährlichen Wechsel über die Umsetzung des Schülerhaushalts dem Ausschuss berichten. Die Schüler sollen erleben, wie Politik vor Ort funktioniert. Fraktionsübergreifend findet dieser Vorschlag Zustimmung.

Ausschussvorsitzende Havermeier lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die am Schülerhaushalt beteiligten Schulen werden gebeten, jährlich rotierend im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport die im Rahmen des Schülerhaushalts umgesetzten Projekte vorzustellen.

- einstimmig -

Stv. Gernitz erklärt, dass im Produkt „Zentrale schulbezogene Leistungen“, Seiten 252, 253 die Aufwendungen für den Medienentwicklungsplan eingestellt seien und in der letzten Sitzung dieses Ausschusses über die Umsetzung des 1. Level-Supports und 2- Level-Supports sowie der erforderlichen Schulung von Personal berichtet worden sei. Er erkundigt sich, wie die Umsetzung funktioniere, inwieweit die Verwaltung selbst Ressourcen schaffe und inwieweit dies förderschädlich für den Digital-Pakt Schule des Bundes sei. Herr Kortendieck verweist darauf, dass der Digital-Pakt sich im Vermittlungsausschuss befinde und Bund und Länder eine Verwaltungsvereinbarung für den Digital-Pakt aushandeln würden. Sicherlich kämen durch den Digital-Pakt mehr Aufgaben auf die Verwaltung zu, andererseits sei aber auch eine Fortbildung des Lehrpersonals in den Schulen vorgesehen. Er ergänzt, dass die Stadt 2 x 0,5 Stellen für die Aufgaben vorsehe und zudem auf

Fremdfirmen zurückgreife. Stv. Kehl betont die große Herausforderung an das städtische Personal und fragt nach, inwieweit Anzahl und Know-how ausreichend seien. Herr Kortendieck bestätigt, dass die Stadt mit dem vorhandenen Personal gut aufgestellt sei und zudem seit dem Sommer noch ein Auszubildender die Arbeit unterstütze. Er weist aber auch darauf hin, dass die große Bandbreite der zu erledigenden Arbeiten nicht durch eine Person abgedeckt werden könne und insoweit die Einschaltung von Fachfirmen zwingend erforderlich sei. Durch die vertragliche Regelung sei ein zeitnahes Handeln der Fremdfirmen gewährleistet. Zudem führt Herr Kortendieck an, dass nach dem Inkrafttreten des Digital-Pakts eine erneute Betrachtung der Situation stattfinden würde.

Stv. Kehl erkundigt sich nach dem auf Seite 252 im Produkt „Zentrale schulbezogene Leistungen“, Sachkonto 531807 eingestellten Zuschuss für die bauliche Erweiterung des Biologischen Zentrums in Höhe von 25.000 €. Herr Kortendieck teilt mit, dass eine Sanierung und eine Erweiterung des Bestandsgebäudes vorgesehen seien. Herr Kehl erklärt, dass er sich auch eine Erhöhung des Zuschusses um weitere 10.000 € vorstellen könne. Stv. Möllmann hält eine Förderung in Höhe von 40.000 € für sinnvoll und ergänzt, dass jedoch vorhandene Rücklagen des Biologischen Zentrums zunächst vollständig einzusetzen seien und zudem mit dem Kreis eine finanzielle Beteiligung zu erörtern sei. Stv. Gernitz spricht sich ebenfalls für eine Erhöhung des Zuschusses aus und schlägt vor, dass das Biologische Zentrum in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses das Bauvorhaben sowie die Finanzierung erläutern könne. Einheitlichen stimmen die Ausschussmitglieder dem zu.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, als Zuschuss für eine bauliche Erweiterung des Biologischen Zentrums finanzielle Mittel in Höhe von 40.000 € in den Etat einzustellen. Der Zuschuss soll zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, das Biologische Zentrum um eine Vorstellung des Bauprojekts in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.02.2019 zu bitten sowie eine finanzielle Beteiligung des Kreises Coesfeld zu prüfen.

- einstimmig –

Anhand des Produktes Volkshochschule, Seite 254, erklärt Stv. Reichmann, dass im Etatbuch abgebildete Kennzahlen nicht immer zu den Zielen passen. Er spricht sich dafür aus, dass sich Rat und Ausschüsse nun zwingend zur Besprechung der Ziele und Kennzahlen zusammensetzen, um Steuerungsmöglichkeiten seitens der Politik zu erhalten.

Stv. Wischnewski ergänzt, dass nach den Kennzahlen der Volkshochschule trotz einer rückgängigen Zahl an Unterrichtsstunden höhere Kosten festzustellen seien. Herr Kortendieck erklärt, dass dies damit zusammenhänge, dass bei rückgängigen Unterrichtsstunden trotzdem Personal in gleicher Anzahl vorgehalten werden müsse und zudem die Personalkosten steigen würden. Zudem weist er darauf hin, dass die Kosten aller Gemeinden im VHS-Kreis abgebildet seien, jedoch dezidiert jede Kommune für sich zu betrachten sei.

Beim Produkt Musikschule, Seite 261, erkundigt sich Stv. Kehl nach dem Grund der Investition in Höhe von 25.000 € für eine neue Software. Herr Kortendieck erklärt, dass die bisherige Software veraltet sei und noch auf einer alten Datentechnik laufe. Die Erstellung von Auswertungen, die u.a. auch für die Abrechnung mit den anderen Kommunen im Musikschulkreis benötigt würden, sei mit der alten Software sehr zeitaufwendig und beschwerlich, so dass eine neue Software erforderlich sei.

Stv. Reichmann bittet beim Produkt Zuschüsse Büchereien, Seite 262, um Auskunft zu der kolportierten zusätzlichen Stelle für die Stadtbücherei. Herr Kortendieck erklärt, dass nach dem Bibliothekskonzept für die Stadtbücherei u.a. mehr Personal erforderlich sei, um die Bücherei zukunftssicher aufzustellen. Insofern habe sich der Büchereibeirat für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle ausgesprochen. Diese sei sowohl von der Stadt als auch von der Kirche zu finanzieren. Da die Kirche ihre finanzielle Beteiligung an der Stadtbücherei nicht ausweiten möchte, sei nach einer anderen Möglichkeit gesucht worden. Künftig soll die zusätzliche Stelle durch einen Bufdi besetzt werden. Stv. Reichmann sieht das Ziel, mehr Schulklassen in die Bücherei zu bekommen durch das fehlende Personal in Gefahr. Herr Kortendieck sieht diese Gefahr nicht. Er erklärt, dass Schulklassen meistens durch Lehrpersonal der Schulen begleitet würden und gerade ältere Schüler sich auch selbständig in der Bücherei bewegen könnten. Zudem würde wie zuvor geschildert das Personalproblem anderweitig gelöst.

SkB. Schnittker möchte beim Produkt Theater/Konzerte und sonstige Kulturpflege wissen, warum 2017 die Auslastung bei den Konzertveranstaltungen nur bei 55 % lag. Herr Kortendieck teilt mit, dass die Antwort nachträglich dem Protokoll beigelegt werde.

Nachträglich zu Protokoll:

2017 haben insgesamt vier von der Stadt organisierte Konzertveranstaltungen stattgefunden. Eine Veranstaltung hat leider wenig Resonanz gefunden, so dass dies bei den wenigen Konzertveranstaltungen erhebliche Auswirkung auf die durchschnittliche Auslastung hatte.

Stv. Möllmann erkundigt sich nach dem im Produkt Sportförderung, Seite 277, sowohl bei den Erträgen als auch im Aufwand unter Positionen 446116 und 542205 abgebildeten Ansatz in Höhe von 14.000 €. Herr Hülshager erklärt, dass es sich hierbei um die Miete für die Nutzung der Sporthalle des Berufskollegs des Kreises handelt. Die Halle wird von der Stadt gemietet und Union Lüdinghausen zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Es kann davon ausgegangen werden, dass nach Fertigstellung der Leistungssporthalle eine Anmietung nicht mehr erforderlich ist.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Havermeier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, das Budget des Fachbereichs 4 in der vorgelegten Form sowie mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen zu beschließen.

- einstimmig -

TOP 2) Berichte

Herr Kortendieck teilt mit, dass für den 19.03.2019 eine gemeinsame Sitzung des BVBU und des BKS terminiert sei. Grund ist die Besichtigung der Marga-Spiegel-Sekundarschule in Werne. Dort bestehe die Gelegenheit, sich eine Sekundarschule im Endausbau anzusehen, insbesondere sollen schulfachliche und bauliche Aspekte betrachtet werden. Ergänzend dazu ist beabsichtigt, mit der Sitzung des BVBU am 04.04.2019 eine Stunde früher zu beginnen, um eine Begehung der Sekundarschule Lüdinghausen durchführen zu können. Mit den sicherlich noch frischen Eindrücken aus dem Besuch der Schule in Werne gebe es dann eine Vergleichsmöglichkeit.

TOP 3) Anfragen

- keine -

Susanne Havermeier
Vorsitzende/r

Andre Hülsheger
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 12. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

der Stadt Lüdinghausen am 29.01.2019

anwesend:

CDU-Fraktion

Austrup, Anke	
Bartsch, Ingeborg	
Möllmann, Bernhard	Vertretung für Herrn Volker Höring
Schnittker, Alois	
Steinkamp, Lena	
Tüns, Dieter	

SPD-Fraktion

Gernitz, Niko	
Havermeier, Susanne	
Kocar, Karl-Heinz	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haase, Mathilde	Vertretung für Frau Melanie Vogel
Reichmann, Lars	

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	Vertretung für Herrn Rafael Borgmann
Wischnewski, Susanne	Vertretung für Herrn Rüdiger Fichtner

FDP-Fraktion

Schäfer, Sabine	
-----------------	--

Beratende Mitglieder

Christensen, Gabriele	
-----------------------	--

von der Verwaltung

Hülshager, Andre	
Kortendieck, Matthias	

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Höring, Volker	
----------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vogel, Melanie	
----------------	--

UWG-Fraktion

Borgmann, Rafael	
Fichtner, Rüdiger	

Beratende Mitglieder

Kertelge, Michael	
-------------------	--